

kennt. Dort sind die Vorgärten immer gepflegt, und an jeder Doppelgarage ist ein Basketballkorb montiert. Es gibt dieses Amerika, aber es wird kleiner. Und wer wenigstens die Illusion am Leben hält, kann sie sich oft kaum noch leisten.

Seit 20 Jahren bereits haben Amerikas Bürger mit steigenden Kernaussgaben zu kämpfen: Schon Anfang des Jahrtausends mussten Familien doppelt so viel für Krankenversicherungen und Hypotheken zahlen wie noch eine Generation zuvor.

„Um damit klarzukommen, haben in Millionen Familien bereits beide Eltern arbeiten müssen“, sagt Harvard-Professorin Elizabeth Warren, die von Präsident Obama zur Chefaufseherin für die staatliche Bankenrettung eingesetzt wurde. Die durchschnittliche Familie habe ihr ganzes Einkommen und ihre Ersparnisse bereits aufgebraucht, „nur um sich über Wasser zu halten“, so Warren.

Für alle anderen Ausgaben – Bildung, Gesundheit, Konsum – begannen die Amerikaner deswegen auf Pump zu leben. Die privaten Schulden liegen bei 13,5 Billionen Dollar.

Viele drohen nun unter ihrer Schuldenlast zu erstickten. 61 Prozent der Amerikaner leben ohne Reserve von einem Gehaltsscheck zum nächsten. Selbst eine Krankenhausrechnung kann dann existenzielle Folgen haben.

Der Mann von Chanelle Sabedra hat zwar wieder einen Job gefunden, als Lagerarbeiter in einer Firma, die Flugzeugturbinen herstellt. Aber das reicht noch nicht für den Abschied aus dem Obdachlosenheim: „Ich habe bisher keine Arbeit gefunden“, sagt Chanelle. Der Job ihres Mannes ist zu schlecht bezahlt. Das Paar ist bei den „working poor“ angekommen, den in den USA immer zahlreicher werdenden arbeitenden Armen, für die nicht einmal zwei Niedriglohn-Jobs reichen, um die Familie zu ernähren. „Allein um meine Jüngste halbtags in den Kindergarten zu geben, brauche ich mindestens 600 Dollar im Monat“, sagt Chanelle.

Im Amerika vor der Rezession hätten sie und ihr Mann auf je zwei Jobs gearbeitet, um sich wieder nach oben zu kämpfen. Sie hätten tagsüber an der Kasse bei Walmart geschuftet, am frühen Abend bei McDonald's am Herd oder die halbe Nacht noch als Wachmann oder Putzfrau. Alles schlechtbezahlte Jobs und ohne große Perspektiven, aber zusammengenommen eben genug, um über die Runden zu kommen. Im Amerika vor der Rezession war das Leben für Chanelle nicht üppig, aber es hat gereicht, wenn man nur hart genug arbeiten wollte. Wenn man nur bereit war, genug von sich selbst aufzugeben.

Nach was für Jobs sucht sie nun? „Ich versuche alles, Verkäuferin oder Arzthelferin, ich schreibe jeden Tag Bewerbungen, aber es gibt nichts“, sagt sie.

THOMAS SCHULZ

WAFFENINDUSTRIE

Tödliche Exporte

Die Rüstungsschmiede Heckler & Koch soll illegal mexikanische Unruheprovinzen beliefert haben.

In Oberndorf am Neckar gibt es bis Freitag keine Waffen zu kaufen. Selbst Geschäftsführer Peter Beyerle hat sich für eine Fahrradtour am Bodensee abgemeldet. Das schwäbische Rüstungsunternehmen gönnt sich Betriebsferien, obwohl zu Hause ein besonders heikler Fall auf Klärung wartet.

Staatsanwälte prüfen den Verdacht, dass Heckler & Koch im Jahr 2006 mit Exporten in mexikanische Unruheprovinzen gegen das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen haben soll. „Es laufen Ermittlungen gegen Verantwortliche der Firma“, bestätigt ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Derzeit werde die Genehmigungslage geprüft. Das Zollkriminalamt in Köln bearbeitet den Fall ebenfalls. Dort will man keine Stellungnahme abgeben.

Hintergrund des Verdachts ist eine Strafanzeige von Jürgen Grässlin, einem bundesweit bekannten Rüstungsgegner und Sprecher mehrerer Friedensorganisationen. Seit Jahren bekämpft Grässlin unter anderem die Geschäfte von Heckler & Koch, in seinen Augen „die tödlichste Firma der Welt“. Seine neueste Anzeige basiert offenbar auf Kenntnissen von Insidern.

Demnach reicht die Affäre zurück bis ins Jahr 2002. Damals soll Heckler & Koch versucht haben, in Mexiko wieder Fuß zu fassen und auch „bei den mexikanischen Polizei- und Sicherheitskräften neue Kunden zu gewinnen“, heißt es in der Anzeige, die Grässlin zusammen mit dem Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer verfasste.

Im Frühjahr 2006 sei es schließlich in Mexico City zu einer Marketingoffensive gekommen, um Sturmgewehre der Gattung G36 „insbesondere für die verschiedenen Länderpolizeien“ anzubieten. Auf das G36 vertraut auch die Bundeswehr.

Wenig später soll Heckler & Koch-Chef Beyerle laut Strafanzeige bei deutschen Regierungsvertretern geklärt haben, ob er für alle mexikanischen Bundesstaaten eine Exportbewilligung erhalten würde. Nach Rücksprache mit dem Bundeswirtschaftsministerium und in Konsultation mit dem Bundessicherheitsrat gab Berlin grünes Licht für die Lieferung von mehreren Tausend Gewehren.

Im Sommer 2006 segnete das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) den schwäbischen Plan offiziell

ab – allerdings mit einer wichtigen Einschränkung: Wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen galt die Genehmigung nicht für die mexikanischen Provinzen Chiapas, Chihuahua, Guerrero und Jalisco. Dorthin durften keine Gewehre geliefert werden.

Beim Bafa staunte man darum nicht schlecht, als Heckler & Koch ein Jahr später eine Exportbewilligung für G36-Ersatzteile beantragte und auch die verbotenen mexikanischen Bundesstaaten als „Empfänger und Lieferanschrift für die Ersatzteile“ angab, heißt es in der Anzeige. Auf Nachfrage des Amtes habe die schwäbische Waffenschmiede behauptet, es handle sich um ein Versehen.

Laut Informationen von Grässlin und Rothbauer war das Schriftstück aber alles andere als ein Missgeschick. Die G36-Gewehre seien „wissentlich, gezielt und geplant in genau auch jene vier mexikanischen Bundesstaaten geliefert worden, die ausdrücklich von der Exportgenehmigung ausgenommen waren“. Das lasse sich nicht nur durch Zeugenaussagen, sondern auch durch entsprechende Reiseabrechnungen aus den Jahren 2006 bis 2009 belegen. Beyerle soll seine Berater und Vertriebsmitarbeiter zu „Vorführun-



Bundeswehrosoldaten mit G36-Gewehren
Marketingoffensive in Mexiko

gen und Geräteeinweisungen“ in die besagten Regionen geschickt haben.

„Der Vorwurf ist absurd“, sagt dagegen Firmenboss Beyerle, „wir können die gesperrten Bundesstaaten gar nicht direkt beliefern.“ Die G36-Gewehre seien an eine zentrale Einkaufsstelle in Mexiko gegangen. Die Mexikaner würden mit sogenannten Endverbleibserklärungen versichern, dass die Waffen gemäß der deutschen Ausfuhrgenehmigung verwendet werden.

Sollte ein Verstoß vorliegen, müsse man den Fehler bei den Mexikanern suchen. „Wir haben auf die Verteilung der Waffen innerhalb Mexikos keinen Einfluss“, sagt Beyerle. Von Reiseunterlagen, die die Anwesenheit von Heckler & Koch-Mitarbeitern in den gesperrten mexikanischen Regionen belegen sollen, wisse er „gar nichts“. Sein Vertriebsmitarbeiter sei zwar ab und zu in Mexiko, „aber sicher nicht in den gesperrten Bundesstaaten“.

BEAT BALZLI